

Vertrag von Versailles jährt sich zum 90. Mal

«Ein Diktat von ungewohnter Härte»

90 Jahre Versailler Vertrag: Unser Autor, der ehemalige Präsident des Landgerichts Nürnberg, Klaus Kastner, erinnert zum Jahrestag an die Unterzeichnung am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses.

«Wir wollen es nicht vernichten und wir könnten es auch nicht. Es wäre unser größter Fehler, ihm triftige Gründe zu geben, eines Tages Rache nehmen zu wollen. (. . .) Wir müssen es vermeiden, unseren Feinden auch nur den Anschein der Ungerechtigkeit zu geben. Ich fürchte für die Zukunft (. . .) Konflikte, die aus der Unzufriedenheit der breiten Masse erwachsen. Daher unser Wunsch, mit Mäßigung und Billigkeit zu verhandeln».

US-Präsident Thomas Woodrow Wilson versuchte mit solch beschwichtigenden Sätzen bei der Vorkonferenz in Versailles am 27. März 1919 mäßigend auf seine Gesprächspartner, namentlich den französischen Präsidenten Georges Clemenceau, einzuwirken. Er hatte mit den bekannten 14 Punkten vom 18. Januar 1918, die übrigens aus der Feder des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann stammen, den Versuch unternommen, Grundsätze für eine stabile Friedensordnung in Europa zu normieren, wozu auch die Selbstbestimmung der Völker unter Vermeidung größerer ethnischer Minderheiten in den Staaten gehören sollte.

Von diesen Positionen blieb allerdings am Ende fast nichts mehr übrig; Deutschland, Österreich (im Vertrag von St. Germain) und Ungarn (im Vertrag von Trianon) bekamen die volle Härte eines *vae victis* («Wehe den Besiegten») zu spüren. Der 78-jährige Clemenceau mit schlohweißer Haar-mähne, elfenbeinfarbenem Gesicht und hohen Backenknochen, auch «Tiger» genannt, war unter den Beteiligten wegen seiner harten Verhand-

lungsführung wenig beliebt; nicht selten fuhr er mit bellender Greisenstimme den Mitgliedern der anderen Delegationen sozusagen über den Mund, um seine Extremforderungen vorzubringen und durchzusetzen.

Sein Gesprächspartner Wilson, der «Heiland aus Washington», wie er spöttisch bezeichnet wurde, war auch für seine Mitarbeiter erschreckend langsamen Geistes und der geschliffenen Rhetorik Clemenceaus ebenso wenig gewachsen wie dem «pfeilschnell wie ein Eisvogel» argumentierenden britischen Premierminister Lloyd George, der stets zwischen den beiden anderen zu vermitteln suchte. Lloyd George war es, der sich insbesondere gegen die seitens Frankreich geforderte Zerstückelung Deutschlands wandte.

Anders als beim Wiener Kongreß 1815, bei dem auch Frankreich, das fast 20 Jahre lang ganz Europa mit seinen Aggressionskriegen überzogen hatte, mit am Verhandlungstisch saß, blieb die nach Versailles «zitierte» deutsche Delegation unter Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau im Frühjahr und Frühsommer 1919 «ausgesperrt». Sie durfte sich nur auf schriftlichem Weg an den «Großen Rat», bestehend aus den Delegationen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, wenden.

Zuvor war die deutsche Gruppe schon auf besondere Weise gedemütigt worden: Clemenceau hatte angeordnet, den Sonderzug aus Berlin nur im Schritt-Tempo durch die «verbrannte Erde» im einstigen nordfranzösischen Frontgebiet fahren zu lassen. Frank-

reich unter maßgeblicher Führung Clemenceaus konnte sich in Versailles bei den Vertretern der anderen Delegationen zwar nicht mit der Forderung durchsetzen, die Ostgrenze Frankreichs künftig an den Rhein, das «natürliche Bollwerk gegen die Barbaren», zu verlegen. Aber in unzähligen anderen Punkten war der Vertrag auch für objektive ausländische Beobachter ein Diktat, das an Härte in der europäischen Geschichte der Neuzeit seinesgleichen suchte.

Der US-amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Robert Lansing, beklagte vorab schon im Mai 1919: «Wir haben zwar einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes (der Sieger; d. Verf.) gegründet ist.»

In der Tat: Die Gebietsverluste Deutschlands umfaßten im Westen Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und das Saargebiet. Im Osten fielen die Provinzen Posen und Westpreußen an Polen; Danzig wurde «Freie Stadt». Ostpreußen war vom Reichsgebiet getrennt. Der im November 1918 gebildeten Republik «Deutschösterreich» wurde der Anschluß an das Reich verboten. Die deutschen Kolonien fielen als Mandatsgebiete an den Völkerbund. Insgesamt wurden vom Reichsgebiet rund 70 000 Quadratkilometer mit mehr als sieben Millionen Einwohnern abgetrennt. Deutschland verlor unter anderem 3/4 seiner jährlichen Förderung von Zink- und Eisenerz, über 1/4 der Steinkohleförderung und 1/6 seiner jährlichen Getreideernte. Die großen deutschen Flüsse wurden internationalisiert. Die Höhe der Reparationen blieb vorerst offen.

Erst im Januar 1921 beschloß eine alliierte Konferenz der Siegermächte in Paris gegen den Widerstand der britischen Delegation, die Reparationen auf insgesamt 226 Milliarden Goldmark festzulegen. Emotional schwerer noch

als all die territorialen Lasten wogen die «Schmachparagrafen», nämlich die «Kriegsschuldlüge», die Forderung nach der Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher an die Alliierten, an ihrer Spitze Kaiser Wilhelm II., und nicht zuletzt auch die «Kolonialschuldlüge», wonach das Reich sich in der Verwaltung seiner Kolonien besonders unfähig erwiesen habe.

Aufs Ganze gesehen hatten die alliierten Politiker und Militärs der Verschlagenen Feind auch moralisch zu vernichten und die Mahnung des italienischen politischen Schriftstellers der Renaissance, Niccolò Machiavelli nicht berücksichtigt, man solle niemanden demütigen, den man nicht vernichten könne.

So erwies sich der Vertrag von Versailles, wie er am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von 27 Staaten einerseits und dem Deutschen Reich andererseits unterzeichnet wurde, zugleich auch als innenpolitische Belastung der jungen Weimarer Republik. Diejenigen, die wie Finanzminister Erzberger oder Außenminister Rathenau für eine Einhaltung der drakonischen Vertragsbedingungen plädierten, um so eine Milderung zu erreichen, wurden «Erfüllungspolitikern» gescholten (und die beiden Genannten deshalb sogar ermordet).

Andere, die schon gegen die Annahme des Vertrags waren, ohne aber eine echte Alternative aufzeigen zu können, waren die Keimzelle für rechtsradikale Bewegungen, welche die «Ketten von Versailles» sprengen wollten. Dazu gehörte auch Adolf Hitler, Funktionär der 1920 in München gegründeten NSDAP, der am 18. September 1922 unter anderem forderte: «Die nationale Entehrung hat ein Ende zu nehmen. Vaterlandsverräter und Denunzianten gehören an den Galgen». Außer hohlen Worten, für die er allerdings Gehör fand, hatte er keinerlei praktische Lö-

sungen anzubieten. Demgegenüber war die Revision des Versailler Vertrages das hauptsächlichste Ziel aller Regierungen der Weimarer Republik. Sie konzentrierten sich zunächst auf die Räumung des Rheinlandes von fremden Truppen und eine Ermäßigung der Reparationsforderungen. Beides wurde schließlich 1930 bzw. 1932 erreicht.

Gleichwohl konnte Hitler unter Ausnutzung der seit 1930 grassierenden Ar-

beitslosigkeit, die aber keineswegs im Versailler Vertrag ihre alleinige Ursache hatte, propagandistisch stets gegen das «System von Versailles» (gemeint war damit freilich die politische Konstellation der Weimarer Republik) zu Felde ziehen und diese Parole – letztlich erfolgreich – im Kampf gegen den demokratischen Verfassungsstaat einsetzen.

21.5.2009

<http://www.nz-online.de/artikel.asp?art=1022456&kat=317>